



April 2002

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Frankfurt am Main

Bilanzen von unten

Beschäftigte der Metall- und Elektrobranche über den Ertrag ihrer Arbeit

Moderne ArbeitnehmerInnen sollen »unternehmerisch denken«. Die Frankfurter IG Metall nahm im Februar solche Mahnungen beim Wort und veranstaltete eine »Bilanz-Presskonferenz«.

»Über die Gewinnsituation von Unternehmen wird öfter berichtet als über die Einnahmesituation der Beschäftigten«, stellte Bernd Rübsamen, Bevollmächtigter der IG Metall, fest. Über die Einkommensverhältnisse von Beschäftigten der Branche, die angeblich durch die überhöhten Forderungen dieser als besonders unbescheiden geltenden Gewerkschaft geschädigt wird, informierte eine Veranstaltung, in der fünf Metall- und ElektroarbeiterInnen in der Art eines »Unternehmens« als fiktive »Metall-Beschäftigten GmTV« (»Gesellschaft mit Tarifvertrag«) firmierten.

»GESCHÄFTSBEREICH« ARBEITNEHMER: OFT DEFIZITÄR

Die Parodie auf die Verlautbarungen von Unternehmen, in der die GewerkschafterInnen als »Geschäftsbereiche« der »GmTV« auftraten, deren Einnahmen und Ausgaben bilanziert wurden, förderte die nüchterne Realität derer ans Licht, die nach Meinung der Kapitalistenverbände und ihrer politischen Lobby immer zu viel verlangen. Bei einer durchschnittlichen Steigerung der Gewinne der Branche um 85 Prozent im Zeitraum von 1993 bis 2000 kam für die Beschäftigten nur ein Anwachsen der Nettolöhne um 4,7 Prozent zustande. Was das bedeutet, wurde an den fünf Fallbeispielen dargestellt.

So bleiben einem noch bei den Eltern wohnenden Siemens-Auszubildenden von einem Bruttoeinkommen von 695 Euro keine 50 Euro im Monat übrig. Ein verheirateter, allein verdienender Facharbeiter der

zweithöchsten Lohngruppe mit zwei Kindern im Vorschulalter wirtschaftet defizitär: Nettolohn und Kindergeld ergeben zusammen 2134 Euro, denen Ausgaben in Höhe von 2202 Euro gegenüberstehen. Um den Verlust von 68 Euro auszugleichen, wird seine Frau arbeiten müssen.

Nur dem »Zusammenschluss mit einem anderen Geschäftsbereich« in Gestalt der Ehefrau verdankt auch ein 40-jähriger technischer Angestellter mit zwei Kindern im Alter von 17 und 20 Jahren, bei dem 348 Euro für die Miete anfallen, dass am Monatsende gerade 89 Euro übrig bleiben.

Wo kein Ehepartner weitere Einnahmen ermöglicht, sieht es düster aus. Eine allein erziehende Mutter, Elektronikfachkraft bei Siemens VDO, kommt mit den Zulagen für Nachtschichten und Kindergeld auf 2011 Euro netto, ihre laufenden Ausgaben beschieren ihr jedoch Verluste von monatlich rund 35 Euro. Die von der IG Metall geforderte Tarifierhöhung von 6,5 Prozent könnte das ausgleichen. Das aber gilt als schädlich für »die Wirtschaft«. Für wen?

»Besondere Anstrengungen außerhalb des Kerngeschäfts« muss auch ein anderer

INHALT

Löhne rauf – Rüstung runter!	SEITE 2
Der US-Imperialismus schnappt über / Herausforderung für die Friedensbewegung	SEITE 2
PISA: Schlechte Noten für das gesamte deutsche Schulsystem	SEITE 3
Talkshows und die Faschisierung des Massenbewusstseins	SEITE 4
Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern	SEITE 4

40-jähriger Facharbeiter unternehmen, indem er neben seiner 35-Stunden-Woche noch einem Zusatzjob für einen anderen Arbeitgeber nachgeht, um auf einen »Gewinn« von 76 Euro zu kommen.

Der Blick auf diese Tatsachen sollte genügen, um zu verstehen, was von den Forderungen der Bosse und des Kanzlers nach »Lohnzurückhaltung« zu halten ist. ■

Bush kommt – wir kommen auch!



Grafik: DKP-Parteivorstand

Dieser Herr kommt am 22./23. Mai nach Berlin. Mehr auf Seite 2

Löhne rauf – Rüstung runter!

Wir hören dieser Tage von »maßlosen Lohnforderungen« der IG Metall, die »unverantwortlich« und »überzogen« seien. Aber von den tatsächlich maßlosen, überzogenen und unverantwortlichen Rüstungsprojekten und den wahnsinnigen Geldsummen, die dafür aufgebracht werden sollen, dringt wenig an die Öffentlichkeit. Einige Beispiele aus den Führungskreisen der Welt-Kriegselite:

Die USA bauen ihre Weltsheriff-Rolle aus. Schon 1998 betrug die Militärausgaben rund 250 Milliarden Dollar. Seither steigen sie kontinuierlich an und betragen jetzt fast 300 Milliarden Dollar. Die Kosten für das geplante Raketenabwehrsystem sind darin noch nicht enthalten.

Zugleich drängen die USA drängen bei vielen Gelegenheiten ihre »Partner« zu höheren »Verteidigungsanstrengungen« und Militärausgaben.

Deutschland nimmt regen Anteil an dieser Kriegs- und Rüstungspolitik. Da geht es nicht nur um die Anschaffung von 73 Stück Militär-Airbus A400M, die Aufstockung des

Rüstungsetats um jährlich eine Milliarde Euro oder die Verdreifachung der so genannten »Einsatzkräfte« auf 150 000 Mann bis zum Jahr 2006. Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat vor einem Jahr ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes neues Material- und Ausrüstungskonzept erlassen. Darin listet er 213 Rüstungsprojekte auf. Nach Expertenschätzungen belaufen sich die Kosten dafür auf 110 bis 115 Milliarden Euro, woraus – Preissteigerungen einberechnet – bis zum Jahr 2016 auch

150 Milliarden Euro werden könnten. Dies würde den Posten für Beschaffungen, der gegenwärtig bei rund 3,5 Milliarden Euro liegt, auf durchschnittlich 10 Milliarden Euro pro Jahr explodieren lassen!

Es ist gut, dass diesem Kriegs- und Hochrüstungskurs Widerstand entgegengesetzt wird. Was könnte anstelle dieses Wahnsinns geschaffen werden? Auch dafür einige **Beispiele:**



■ Anstelle von **73 Militär-Airbus A400M** zum Preis von 8,6 Mrd. €

■ Anstelle der **180 Eurofighter** zum Preis von 15 Mrd. €

■ Anstelle der **80 Kampfhubschrauber »Tiger«** zum Preis von 1 Mrd. €

■ Anstelle des **Transport-Hubschraubers NH90**, dessen **134 Stück** 3 Mrd. € kosten

könnten **über 2000 Grundschulen à acht Klassen** gebaut werden.

könnten **mindestens 250 000 Sozialwohnungen à 70 m²** errichtet werden.

könnten **800 Kindergärten à vier Gruppen** gebaut werden.

könnten **60 Berufsbildungszentren für je 3000 Schülerinnen und Schüler** bereitgestellt werden.

30 000 Kinder sterben täglich, Millionen Menschen in der Welt hungern – aber die Welt-Militärausgaben stiegen inzwischen auf die Summe von 780 Milliarden Dollar. Das ist die Welt des Kapitals. Darum sind wir für eine andere Welt.

Deutschland verschleudert Milliardenbeträge zur Finanzierung von Kriegs- und Militäreinsätzen in aller Welt, die nichts mit den Interessen der hier lebenden Menschen zu tun haben, aber von ihnen bezahlt werden sollen. Wir bleiben dabei: Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau. ■

DIE DKP RUFT AUF

Herausforderung für die Friedensbewegung

Zu den abenteuerlichen Plänen des Pentagon über die Entwicklung neuer Atomwaffen erklärte der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr: »Die Friedensbewegung ist weltweit herausgefordert, eine Antikriegskampagne zu entwickeln. Konkret wird die Gefahr erkennbar, dass zur Durchsetzung der neuen Weltordnung imperialistischen Charakters auch Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden könnten.« Die Friedensbewegung müsse jetzt größtmögliche Antikriegsdemonstrationen organisieren.

»Eine Forderung«, so Heinz Stehr, »ist dazu unerlässlich: Die SPD/Grüne-Regierung muss die »uneingeschränkte Solidarität« mit den USA aufkündigen.« Eine weitere Herausforderung ist der Besuch des US-Präsidenten Bush am 22./23. Mai in Berlin. »Da kann es nur eine Parole geben: Bush kommt – wir kommen auch!« Auf nach Berlin! ■

Der US-Imperialismus schnappt über

Die USA beziehen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen offen in ihre Strategie gegen den Terrorismus und »Schurkenstaaten« ein.

Das geht aus dem unlängst bekannt gewordenen Dokument »Nuclear Posture Review« des US-»Verteidigungs«ministeriums hervor. Neue Atomwaffen mit spezieller Eignung zur Zerstörung unterirdischer Anlagen sollen entwickelt werden. Als mögliche Einsatzziele werden Nordkorea, der Irak und Iran, Libyen und Syrien, China und Russland genannt. Die US-Truppen in Afghanistan sind angewiesen, dort Ziele für eventuelle atomare Angriffe auszusuchen.

Bislang galt das auf einem Gleichgewicht des Schreckens beruhende Prinzip, dass Atomwaffen grundsätzlich nur gegen ebenfalls nuklear bewaffnete Länder eingesetzt werden dürften. Das ist nun vor-

bei. Grenzenlosem Grauen im Dienste imperialistischer Weltherrschaft steht nichts mehr entgegen – höchste Zeit, dagegen aufzustehen! (Siehe Aufruf links.) ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

DKP

Deutsche Kommunistische Partei
Kreisvorstand Frankfurt
Hansteinstraße 4, 60318 Frankfurt
<http://www.dkp-frankfurt.de>
V. i. S. d. P.: Brunhilde Freyeisen
Layout: Henning Böke
Druck: Top Offset
Auflage: 4000

PISA: Schlechte Noten für das gesamte deutsche Schulsystem

»Deutsche Schulen blamieren sich mal wieder im internationalen Vergleich« – so überschrieb die *Frankfurter Rundschau* am 3. Dezember 2001 ihren Bericht über die PISA-Studie. Und »unsere« Bildungspolitikerinnen und -politiker waren »sehr betroffen« angesichts des äußerst miserablen Abschneidens der deutschen Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich.

Beim Lesen, einer wichtigen Basiskompetenz für Lernen, Leben, Beruf und Weiterbildung, sowie in der Mathematik-Grundbildung landeten die deutschen Schülerinnen und Schüler im hinteren Drittel.

NUR BEI DER SOZIALEN AUSLESE SPITZE

»Nur bei der sozialen Auslese sind die deutschen Schulen Spitze«, kommentierte die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Eva-Maria Stange. In keinem anderen Industrieland ist die soziale Herkunft so entscheidend über den Schulerfolg wie in Deutschland. Wer aus den unteren Schichten kommt, hat in Deutschland ungleich geringere Chancen auf ein Abitur oder auf einen mittleren Bildungsabschluss als in anderen Industrieländern. Auch gelingt Ländern wie Norwegen, Schweden, Österreich und der Schweiz bei fast gleichen Problemen eine bedeutend bessere Förderung von Migrantenkindern.

Gleich nach Bekanntwerden der Ergebnisse der PISA-Studie verkündeten die Kultusminister Sofortmaßnahmen. Sie zielen vor allem darauf ab, dass Kinder bereits im Kindergarten altersgemäß lernen und auf eine frühere Einschulung vorbereitet werden sollen. Auch mehr Ganztagsangebote soll es geben.

DISKRIMINIERUNG VON MIGRANTENKINDERN

Interessanterweise sieht sich die hessische Kultusministerin, Frau Wolf, durch die PISA-Studie »eindrucksvoll bestätigt«. Es verwundert daher nicht, dass im Bildungsland Hessen die Diskriminierung von Migrantenkindern auf die Spitze getrieben wird. Sie sollen verpflichtet werden, selbst für den Erwerb der deutschen Sprache zu sorgen. Gelingt ihnen das nicht, können sie vom Schulbesuch zurückgestellt werden.

»Wie steht es um die »Lesekompetenz« der Landesregierung, wenn sie ihre Bildungspolitik durch PISA bestätigt sieht?«, fragt denn auch die Vorsitzende der GEW Hessen, Gönhold Gerecht. Obwohl die deutschen Schulen schon jetzt bei der sozialen Auslese und nicht bei der Verwirklichung der Chancengleichheit führend sind, wird der Weg des frühzeitigen Aussortierens mit einer Schulgesetznovelle weiter vorangetrieben – unter anderem mit schulformbezogenen Stoffplänen und einem erschwerten Oberstufenzugang.

INTEGRIERTE GESAMTSCHULE FÜR ALLE!

Auch hessische Politiker, die bis nach Finnland fahren, um zu sehen, wie man bessere Ergebnisse in der Bildungspolitik erzielen kann, lassen konsequent zwei Dinge außer Betracht:

Erstens bringt das gegliederte Schulsystem keine breite Schicht von Besten hervor. Außer in Deutschland gibt es die frühe Aufteilung der Kinder im zehnten Lebensjahr in Haupt-, Realschule und Gymnasium nur noch in Österreich. In allen anderen Ländern lernen die Kinder neun Jahre gemeinsam in einer Klasse. Nahe liegend wäre es also, die integrierte Gesamtschule in Deutschland zur Regelschule zu machen.

Zweitens gibt Deutschland unterdurchschnittlich wenig Geld für die Bildung aus. Auch daran soll sich trotz PISA offenbar nichts ändern. Frankfurts Schuldezernentin Jutta Ebeling (Die Grünen) sorgt dafür, dass die Budgets aller Frankfurter Schulen um 10 Prozent gekürzt werden (FAZ am 15. März 2002).



ARTHUR WEGER

AUS DEN KOMMUNALPOLITISCHEN FORDERUNGEN DER DKP FRANKFURT VON 1996: »BILDUNG«

Das Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche muss insgesamt in allen öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, -horten und Schulen erweitert werden. Besondere Förderung und Unterstützung sollte dabei Förderstufen, Ganztags- und integrierten Gesamtschulen zukommen. Das Angebot muss personell und räumlich erweitert werden. Dazu gehören unter anderem Kantineinrichtungen, Spielmöglichkeiten und Hausaufgabenbetreuung. Der Verwahrlosung der Einrichtungen (bedingt durch Mittelkürzungen) ist entgegenzuwirken.

Kostenlose außerschulische Bildungsangebote wie Informatik, Umwelt und Dritte Welt, die zum Teil auch in Schulen stattfinden können, sollten diese Einrichtungen ergänzen, so dass Schule auch zu einem integrativen Kommunikationszentrum im Stadtteil werden kann.

KOMMUNISTISCHE KOLUMNE

Talkshows und die Faschisierung des Massenbewusstseins

Oliver Geißen, Vera am Mittag, Bärbel Schäfer ... – wer kennt sie nicht, die täglichen Talkshows in sämtlichen Privatsendern. Neben weltbewegenden Fragen wie der, ob Männer im Stehen oder im Sitzen urinieren sollten, werden dort ab und zu auch sozialpolitische Themen wie Arbeitslosigkeit diskutiert.

Typischerweise umfasst die Runde ein bis zwei SozialhilfeempfängerInnen, die erklären: »Arbeit? Kein Bock, wozu denn? Von der Sozi leb' ich doch viel besser!« Als ob diese Einstellung repräsentativ wäre. Dagegen tobt dann der Volkszorn: »Euch würd' ich's zeigen! Keinen Cent sollt ihr kriegen!« – Nicht fehlen dürfen jedoch die positiven Vorbilder, die mächtig stolz darauf sind, nach langer Arbeitslosigkeit einen Billiglohnjob gefunden zu haben.

Wäre es denn nicht richtig, die bekennenden Faulenzer, die mutwillig die Allgemeinheit belasten, zur Arbeit zu zwingen? So wie in den USA? Die Stadt New York hat vor Jahren Bedienstete, die zu Tariflöhnen zum Beispiel Grünanlagen gepflegt haben, entlassen, um sie dann über Zwangsarbeitsprogramme wieder zu genau denselben Tätigkeiten zu verdonnern – nun aber zu Niedrigstlöhnen. Da sieht man, wo der Hase läuft. Zwangsarbeitsdienste bieten eine ideale Möglichkeit der Verwertung von Arbeitskraft, die nach den Tarifen des freien Marktes zu teuer ist. Das ist übrigens ein typisches Element des Faschismus, auf dessen Logik das Massenbewusstsein unmerklich eingestimmt wird.

Wer als ArbeiterIn, AngestellteR fordert, Arbeitslose zwangsweise arbeiten zu lassen, darf sich nicht wundern, wenn er oder sie eines Tages selbst billiger beschäftigt wird als ihm oder ihr lieb ist. Wer meint, sich dagegen engagieren zu müssen, dass irgendjemand, ganz gleich wer, einen Cent zu viel an sozialen Leistungen erhält, muss damit rechnen, dass der Schuss nach hinten losgeht. Wer andere als Kostenfaktor betrachtet, muss in Kauf nehmen, selbst so behandelt zu werden.

Die Entwicklung der Produktivität macht immer mehr Arbeit überflüssig. Radikale Verkürzung der Arbeitszeit wäre möglich – wenn nicht das Kapital die Macht hätte. Statt sich im Ressentiment über die zu ergehen, für die der Traum vom Leben ohne Arbeit als Albtraum auf Sozialhilfeniveau wahr geworden ist, wäre etwas dafür zu tun, Arbeit anders zu verteilen: weniger für alle. Das gehörte zur Vision eines gewissen Karl Marx, die sich als aktueller denn je erweist. HENNING BÖKE

Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!

Gemeinsame Erklärung des DGB Region Frankfurt/Rhein-Main und der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt am Main zum 1. Mai 2002

»Für den 1. Mai 2002 haben Neonazis erneut einen Aufmarsch unter Führung des einschlägig vorbestraften Steffen Hupka durch Frankfurt am Main angekündigt. Nicht erst seit den Ereignissen des letzten Jahres sind wir entschlossen, einen solchen Marsch nicht zu dulden. Die Gewerkschaften fühlen sich besonders herausgefordert, da der Tag der Arbeit, an dem Tausende vom Günthersburgpark zum Römerberg für soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und internationale Solidarität demonstrieren, in demagogischer Weise für Neonazi-Propaganda missbraucht werden soll.

Bei ihrem Eintreten für eine friedliche, tolerante und multikulturelle Stadt Frankfurt am Main sind sich DGB und Anti-Nazi-Koordination der Unterstützung durch die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sicher.

Neonazis, Rassismus und Antisemitismus sind mit den Zielen der Gewerkschaften ebenso wenig wie mit den Zielen der Organisationen, Gruppen, Initiativen und einzelnen Menschen, die zur Anti-Nazi-Koordination in Frankfurt gehören, vereinbar. Wir treten für die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ansätze zu Gleichberechtigung und Multikulturalität in Frankfurt am Main weiterentwickelt werden. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit, weil wir aus der Geschichte wissen, dass Arbeitslosigkeit, Verarmung und soziale Ausgrenzung Nährboden für die Faschisten war.

DGB und Anti-Nazi-Koordination werden die Anstrengungen verstärken, den Auftritt der Neonazis am 1. Mai 2002 zu verhindern. Deshalb fordern sie gemeinsam Politiker, Parteien, Verbände, in- und ausländische Vereine und Initiativen auf, dieses Ziel gemeinsam anzugehen. Durch eine breite Mobilisierung aller Frankfurter soll der Gefahr von rechts wirksam begegnet werden. Das gilt auch für den Fall, dass Gerichte zugunsten des Neonazi-Aufmarsches entscheiden.

Verharmlosung der neonazistischen Gefahr ist, das lehrt unsere Geschichte, absolut fehl am Platz. Die Probleme lassen sich nicht lösen, indem den Neonazis andere Gebiete für ihren Aufmarsch zugewiesen werden. Damit muss Schluss sein, um wirklich ein Zeichen bis hierhin und nicht weiter zu setzen.

Von den Verantwortlichen in der Stadt Frankfurt am Main fordern wir:

■ alle politischen und juristischen Mittel auszuschöpfen, um die angekündigte Demonstration der Neonazis durch Frankfurt zu verbieten,

■ im Fall der gerichtlichen Durchsetzung der Demonstration aufzurufen, sich an den demokratischen Aktionen und Demonstrationen zu beteiligen,

■ sich für die Zulassung geeigneter unabhängiger DemonstrationsbeobachterInnen einzusetzen, wie es vielfach gefordert wird,

■ sicherzustellen, dass keine Neonazi-Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln stattfindet.

Im Vorjahr bewirkten die Aktivitäten von DGB und Anti-Nazi-Koordination, dass der Neonazi-Aufmarsch in der geplanten Form nicht stattfinden konnte. DGB und Anti-Nazi-Koordination begrüßen und unterstützen deshalb die vielfältigen Initiativen gegen den Neonazismus, die nach dem 1. Mai

weitergehen müssen.

Der DGB Region Frankfurt/Rhein-Main und die Anti-Nazi-Koordination werden auch am kommenden 1. Mai für ihre Ziele eintreten. Sie gehen davon aus, dass Aktionen gegen den angekündigten Neonazi-Aufmarsch an verschiedenen Orten stattfinden.

Und dann werden wir gemeinsam feiern auf dem Römerberg bei der Fiesta de Solidaridad – Rock gegen Rechts.

Kein Platz für Neonazis bedeutet nicht nur, ihnen Kundgebungen in und Demonstrationen durch Frankfurt zu verwehren. Dies erfordert vielmehr die breite Aufklärung über eine Ideologie, die bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Dafür wollen wir weiter arbeiten, jeder in seinem Bereich und – bei entsprechender Abstimmung – gemeinsam. ■



✍

- Ich möchte mehr Informationen über die DKP
- Ich möchte probeweise die UZ, Wochenzeitung der DKP, lesen
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied der DKP werden

Bitte ausschneiden und einsenden an

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Frankfurt
Hansteinstr. 4 · 60318 Frankfurt a. M.
Spenden an: Konto 1940 27-603,
Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60